

Kassel, 27.11.2007

Niederschrift

über die 18. öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung
am Mittwoch, 21.11.2007, 17.00 Uhr,
im Kommissionszimmer I, Rathaus, Kassel

Anwesende: Siehe Anwesenheitsliste
(Bestandteil der Niederschrift)

Tagesordnung:

- | | | |
|-----|--|------------|
| 1. | Räumlichkeiten der Kindertagesstätte Wehlheiden | 101.16.510 |
| 2. | Räumlichkeiten der Kindertagesstätte Wehlheiden | 101.16.511 |
| 3. | Einzelintegrationen in Kindertagesstätten, Schulen und
Betreuten Grundschulen | 101.16.667 |
| 4. | Kostenloser Mittagstisch an Kasseler Schulen für hilfebedürftige
Familien | 101.16.682 |
| 5. | Mittagessen an Kasseler Schulen | 101.16.695 |
| 6. | Gemeinsame Volkshochschule von Stadt und Landkreis Kassel | 101.16.702 |
| 7. | Hausmeisterwohnung der Schule Brückenhof-Nordshausen | 101.16.705 |
| 8. | Kurzfristige Schaffung von Mittagstischangeboten | 101.16.723 |
| 9. | Unterstützung der Wirtschaft von Kasseler Schulen | 101.16.729 |
| 10. | Hallenbäder | 101.16.730 |
| 11. | Schulwegesicherheit in der Brückenhofstraße | 101.16.731 |

Vorsitzende Jakat eröffnet die mit der Einladung vom 13.11.2007 ordnungsgemäß einberufene 18. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend und Bildung, begrüßt die Anwesenden, darunter ganz besonders als Zuhörer/-innen Schüler und Schülerinnen der Elisabeth-Knippling-Schule, und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Vorsitzende Jakat teilt mit, dass sie um 18.30 Uhr die Sitzung aus dienstlichen Gründen verlassen müsse und Frau Dr. van den Hövel, 1. stellv. Vorsitzende, den Vorsitz übernehmen werde.

Zur Tagesordnung

TOP 1:

Stadtverordnete Bergmann gibt bekannt, dass sie den Antrag der SPD-Fraktion, Räumlichkeiten der Kindertagesstätte Wehlheiden, 101.16.510, zurückzieht.

TOP 2:

Für die Fraktion B90/Grüne zieht Stadtverordnete Dr. van den Hövel den Antrag, Räumlichkeiten der Kindertagesstätte Wehlheiden, 101.16.511, zurück.

TOP 6:

Amtsleiterin Rhiemeier, Kulturamt, bittet wegen einer weiteren Terminverpflichtung um vorgezogene Behandlung der Anfrage der SPD-Fraktion betr. Gemeinsame Volkshochschule von Stadt und Landkreis Kassel, 101.16.702. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Vorsitzende Jakat stellt die geänderte Tagesordnung fest.

6. Gemeinsame Volkshochschule von Stadt und Landkreis Kassel Anfrage der SPD-Fraktion - 101.16.702 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

Wurden im Lenkungsausschuss für die Gemeinsame Volkshochschule von Stadt und Landkreis Kassel Fragen der Satzung und der Gebühren- und Entgeltordnung behandelt und entschieden?

Wenn nein: Auf welcher Grundlage basiert der gegenwärtige Betrieb der Gemeinsamen Volkshochschule von Stadt und Landkreis Kassel und warum wird für diesen Betrieb keine Satzung oder Gebühren- und Entgeltordnung benötigt?

Wenn nein: Wann ist mit der Vorlage einer Satzung oder Gebühren- und Entgeltordnung zu rechnen?

Wenn ja: Warum wurde die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung für eine Satzung / Gebühren- und Entgeltordnung nicht gemäß dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 10.07.2006 eingeholt?

Stadtverordneter Liebetrau begründet die Anfrage der SPD-Fraktion, die anschließend von Amtsleiterin Rhiemeier, Kulturamt und Denkmalpflege, beantwortet wird. Auf Bitten des Stadtverordneten Schild, CDU-Fraktion, sagt Amtsleiterin Rhiemeier die Antwort nochmals in schriftlicher Form zu (Anlage zur Niederschrift).

Nach erfolgter Aussprache erklärt Vorsitzende Jakat den Tagesordnungspunkt für erledigt.

Die Anfrage ist von Amtsleiterin Rhiemeier, Kulturamt und Denkmalpflege, beantwortet.

1. Räumlichkeiten der Kindertagesstätte Wehlheiden

Antrag der SPD-Fraktion

- 101.16.510 -

Der Antrag wurde von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen.

2. Räumlichkeiten der Kindertagesstätte Wehlheiden

Antrag der Fraktion Grüne

- 101.16.511 -

Der Antrag wurde von der antragstellenden Fraktion zurückgezogen.

3. Einzelintegrationen in Kindertagesstätten, Schulen und Betreuten Grundschulen

Anfrage der SPD-Fraktion

- 101.16.667 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie viele Integrationsplätze für behinderte Kinder wurden in den letzten drei Jahren in Kindertagesstätten in Anspruch genommen?
2. Wie viele Kinder sind in den jeweiligen Jahrgängen in die Regelschule aufgenommen worden?
3. Wie viele Anträge gab es in den letzten drei Jahren zur Aufnahme in Regelschulen für behinderte Kinder?
4. Wie viele Anträge sind nicht berücksichtigt worden und aus welchen Gründen?
5. Wie viele behinderte Kinder, die die Regelschule besuchen, haben einen Platz in der betreuten Grundschule bzw. Hort?

Stadtverordnete Bergmann begründet die Anfrage der SPD-Fraktion, die von Stadträtin Janz beantwortet wird.

In der sich anschließenden Aussprache beantworten Stadträtin Janz und Amtsleiter Strutwolf, Jugendamt, noch offene Fragen der Ausschussmitglieder.

Nachdem Vorsitzende Jakat sich zum Thema geäußert hat, weist Stadtverordneter Dr. von Rüden darauf hin, dass Ausschussvorsitzende den Vorsitz abgeben sollten, wenn sie Debattenbeiträge leisten möchten.

Auf Bitten von Stadtverordneter Bergmann sagt Stadträtin Janz zu, die von ihr vorgetragene Antworten nochmals in schriftlicher Form als Anlage zur Niederschrift zur Verfügung zu stellen.

Vorsitzende Jakat erklärt den Tagesordnungspunkt für erledigt.

Die Anfrage ist von Stadträtin Janz beantwortet.

4. Kostenloser Mittagstisch an Kasseler Schulen für hilfebedürftige Familien

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.16.682 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:
Der Magistrat wird aufgefordert, ein Konzept zu erarbeiten, durch das sichergestellt werden kann, dass zukünftig allen Kindern aus finanziell hilfebedürftigen Familien an allen Kasseler Schulen mit pädagogischem Mittagstisch, deren Eltern die Kosten für das Mittagessen nicht aufbringen können, dieses Mittagessen kostenlos zur Verfügung gestellt wird.

Stadtverordneter Dr. von Rüden begründet den Antrag seiner Fraktion, den er nach eingehender Aussprache wie folgt ändert:

Geänderter Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert, ein Konzept zu erarbeiten, durch das sichergestellt werden kann, dass zukünftig allen Kindern **und Jugendlichen** aus finanziell hilfebedürftigen Familien an allen Kasseler Schulen mit pädagogischem Mittagstisch, deren Eltern die Kosten für das Mittagessen nicht aufbringen können, dieses Mittagessen **mit einer Eigenbeteiligung** zur Verfügung gestellt wird.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei

Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: Kasseler Linke.ASG
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem geänderten Antrag der CDU-Fraktion betr. Kostenloser Mittagstisch an Kasseler Schulen für hilfebedürftige Familien, 101.16.682, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Liebetrau

Vorsitzende Jakat verlässt die Sitzung.

1. stellvertretende Vorsitzende Dr. van den Hövel übernimmt bis zum Ende der Sitzung die Sitzungsleitung.

5. Mittagessen an Kasseler Schulen Anfrage der Fraktion Kasseler Linke.ASG - 101.16.695 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. An welchen Schulen mit pädagogischem Mittagessen wird das Mittagessen durch die Fördervereine organisiert und an welchen ist die Stadt Träger?
2. Wie hoch ist jeweils der Anteil der Kinder und Jugendlichen, die am Essen teilnehmen? Wie viele Essensportionen sind jeweils geplant, wie viele werden tatsächlich ausgegeben? Wie haben sich die Zahlen seit der Neuordnung verändert? Was für Essen wird angeboten (Frage nach der Qualität)?
3. Wie haben sich die Haushaltsansätze zur Finanzierung der Schulessen vom Haushaltsjahr 2007 zum Entwurf des Haushalts 2008 geändert?
4. Wie sieht die Planung zur Schaffung der räumlichen Voraussetzungen an den Schulen mit Nachmittagsangeboten aus (Zeit- und Finanzplan)?
5. Wie viel Prozent der Kinder und Jugendliche an Schulen mit pädagogischer Mittagsbetreuung erhalten Sozialtransferleistungen?
6. Nehmen alle Kinder und Jugendliche mit Sozialtransferleistungen am Mittagessen teil? Wenn nicht, wie viel Prozent nehmen nicht teil?

Stadtverordnete Dr. Wilde-Stockmeyer begründet die Anfrage ihrer Fraktion, die anschließend von Amtsleiterin Steinbach, Schulverwaltungsamt, beantwortet wird. Auf Bitten von Stadtverordneter Dr. Wilde-Stockmeyer sagt Amtsleiterin Steinbach in der nachfolgenden Aussprache die Antworten nochmals in schriftlicher Form als Anlage zur Niederschrift zu.

1. stellvertretende Vorsitzende Dr. van den Hövel erklärt abschließend den Tagesordnungspunkt für erledigt.

Die Anfrage ist von Amtsleiterin Steinbach, Schulverwaltungsamt, beantwortet.

- 7. Hausmeisterwohnung der Schule Brückenhof-Nordshausen**
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, B90/Grüne und FDP
- 101.16.705 -

Gemeinsamer Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:
Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, ob auf den Verkauf des ehemaligen Hausmeister-Wohngebäudes verzichtet und das Haus der Grundschule Brückenhof-Nordshausen der Schule zur Pädagogischen Arbeit überlassen werden kann.
Das Prüfergebnis soll im Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung berichtet werden.

Stadtverordneter Liebetrau begründet den gemeinsamen Antrag.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst nach kurzer Aussprache bei
Zustimmung: einstimmig
Ablehnung: --
Enthaltung: --
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, B90/Grüne und FDP betr. Hausmeisterwohnung der Schule Brückenhof-Nordshausen, 101.16.705, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordneter Schild

8. Kurzfristige Schaffung von Mittagstischangeboten

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.16.723 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:
Der Magistrat wird aufgefordert, dafür sorgen, dass am Friedrichsgymnasium und an der Albert-Schweitzer-Schule kurzfristig die räumlichen, sächlichen und personellen Voraussetzungen für die zugesagten Angebote für die Einrichtung eines pädagogischen Mittagstisches (Mensabereich) geschaffen werden.

Stadtverordneter Dr. von Rüden begründet den Antrag seiner Fraktion.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst nach kurzer Aussprache bei

Zustimmung: CDU
Ablehnung: SPD, B90/Grüne
Enthaltung: Kasseler Linke.ASG, FDP
den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Antrag der CDU-Fraktion betr. Kurzfristige Schaffung von Mittagstischangeboten, 101.16.723, wird **abgelehnt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Mattern

9. Unterstützung der Wirtschaft von Kasseler Schulen

Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.16.729 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. An welchen Kasseler Schulen gibt es projektbezogene Unterstützung von Seiten der Wirtschaft?
2. Was unternimmt der Schulträger, um die Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft zu intensivieren?

Stadträtin Janz sagt eine schriftliche Beantwortung der Anfrage zu. Sie soll der Einladung zur nächsten Sitzung beigelegt werden.

1. stellvertretende Vorsitzende Dr. van den Hövel stellt fest, dass die endgültige Behandlung des Tagesordnungspunktes in der nächsten Sitzung erfolgen wird.

Erneute Behandlung in der nächsten Sitzung.

10. Hallenbäder

Anfrage der CDU-Fraktion
- 101.16.730 -

Anfrage

Wir fragen den Magistrat:

1. Wie wirkt sich die Schließung des Hallenbades Ost auf den Schwimmunterricht an Kasseler Schulen aus?
2. Welche Hallenbäder werden künftig für den Schwimmunterricht zur Verfügung stehen?
3. Reicht das Angebot aus, um den Bedarf der Kasseler Schulen zu erfüllen?

Erneute Behandlung in der nächsten Sitzung.

11. Schulwegesicherheit in der Brückenhofstraße

Antrag der CDU-Fraktion
- 101.16.731 -

Antrag

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird aufgefordert zu prüfen, wie im Rahmen der Schulwegesicherheit in der Brückenhofstraße zwischen Korbacher Straße und Straßenbahn-/Bushaltestelle „Schulzentrum Brückenhof“ bzw. Querung der Straßenbahntrasse Richtung Willy-Brandt-Schule/Georg-Christoph-Lichtenberg-Schule ein sicherer Schulweg für die aus Nordshausen zu Fuß kommenden und zurück gehenden Kinder gewährleistet werden kann. Das Prüfergebnis ist dem Ausschuss in der ersten Sitzung des Jahres 2008 vorzustellen.

Stadtverordneter Schild begründet den Antrag seiner Fraktion.

Der Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung fasst bei

Zustimmung: einstimmig

Ablehnung: --

Enthaltung: --

den

Beschluss

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, folgenden Beschluss zu fassen:

Dem Antrag der CDU-Fraktion betr. Schulwegesicherheit in der Brückenhofstraße, 101.16.731, wird **zugestimmt**.

Berichterstatter/-in: Stadtverordnete Goebel-Feußner

Ende der Sitzung: 18.55 Uhr

Gabriele Jakat
Vorsitzende

Elisabeth Spangenberg
Schriftführerin

Anwesenheitsliste

zur 18. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Schule, Jugend
und Bildung am
Mittwoch, 21.11.2007, 17.00 Uhr
im Kommissionszimmer I, Rathaus, Kassel

Mitglieder

Gabriele Jakat, SPD
Vorsitzende

G. Jakat
G. van den Hövel

Dr. Martina van den Hövel-Hanemann, B90/Grüne
1. Stellvertretende Vorsitzende

Bodo Schild, CDU
2. Stellvertretender Vorsitzender

B. Schild

Dr. Rabani Alekuzei, SPD
Mitglied

Rabani Alekuzei

Anke Bergmann, SPD
Mitglied

Anke Bergmann

Barbara Bogdon, SPD
Mitglied

B. Bogdon

Peter Liebetrau, SPD
Mitglied

P. Liebetrau

Nicola Mütterthies, CDU
Mitglied

N. Mütterthies

Dr. Michael von Rüden, CDU
Mitglied

M. von Rüden

Sandra Rudolph, CDU
Mitglied

S. Rudolph

Heike Mattern, parteilos
Mitglied

H. Mattern

Dr. Marlis Wilde-Stockmeyer, Kasseler Linke.ASG
Mitglied

M. Wilde-Stockmeyer

Heidrun Goebel-Feußner, FDP
Mitglied

H. Goebel-Feußner

Teilnehmer mit beratender Stimme

Bernd Wolfgang Häfner, FWG
Stadtverordneter

Nuray Yildirim, AUF Kassel
Stadtverordnete

Izzet Pehlivan,
Vertreter des Ausländerbeirates

entschuldigt

Magistrat

Anne Janz, B90/Grüne
Stadträtin

Anne Janz

Schriftführung

Elisabeth Spangenberg,
Schriftführerin

Elisabeth Spangenberg

Verwaltung/Gäste

Gabriele Heidebadt

-40-

Dorothee Priemcior

-41-

Olth Ueber

SBR

Hubner

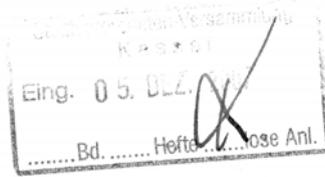
-51-

Sewall

41

ZU TOP 3

- 519 - / -40-



13.11.07
Frau Ledesma /
Frau Steger
5018 / 4008

Anfrage zur direkten Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

**Einzelintegration in Kindertagesstätten, Schulen und betreuten Grundschulen.
Vorlage Nr. 101.16.667**

1. Wie viele Integrationsplätze für behinderte Kinder wurden in den letzten drei Jahren in Kasseler Kindertagesstätten in Anspruch genommen?

Gesamtzahl behinderter und von Behinderung bedrohter Kinder in Stadtgebiet Kassel (städtische und freie Träger)

Stand 13.12.05	191 Fälle
Stand 31.12.06	205 Fälle
Stand aktuell 07	246 Fälle

2. Wie viele Kinder sind in den jeweiligen Jahrgängen in die Regelschule aufgenommen?

Hierzu gibt es keine Zahlen. Der Sachverhalt wurde bisher nicht evaluiert. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass Kinder zunächst in Regelschulen aufgenommen werden. Die Aufnahme in eine Förderschule findet erst zu einem späteren Zeitpunkt statt, wenn Erfahrungen in der Regelschule gemacht wurden. Eine direkte Aufnahme in die erste Klasse einer Förderschule erfolgt meist nur bei eindeutiger Diagnose „Behinderung“ wie z. B. geistig oder körperlich behindert.

- 3. Wie viele Anträge gab es in den letzten drei Jahren zur Aufnahme in Regelschulen für behinderte Kinder?**
und
4. Wie viele Anträge sind nicht berücksichtigt worden und aus welchem Grund?

Das Staatliche Schulamt für den Landkreis und die Stadt Kassel teilt mit:

Für das Schuljahr 2007/2008 standen für den Gemeinsamen Unterricht 840 Wochenstunden(Lehrerwochenstunden einer Förderschullehrkraft) zur Verfügung.

Insgesamt wurden **251 Wochenstunden** für die Bewilligung von Neuanträgen(= Erstanträge für die Primarstufe, Weiterführung in die Sekundarstufe I, Weiterführung in die Sek. II) frei. Demgegenüber lagen für das kommende Schuljahr insgesamt **99** solcher **Neuanträge** für die Beschulung im Gemeinsamen Unterricht vor.

Es wurden **24** Anträge auf Weiterführung in die weiterführende Schule im Rahmen des Gemeinsamen Unterrichts bewilligt, davon 22 nach der Klasse 4 und zwei Anträge auf Weiterführung innerhalb des Gemeinsamen Unterrichts zum Besuch der gymnasialen Oberstufe. **32** Anträge in der Primarstufe konnten berücksichtigt werden.

Unberücksichtigt blieben Anträge auf Gemeinsamen Unterricht mit der Zielsetzung der Schulen für Lernhilfe und Praktisch Bildbare, und zwar sowohl bei Neuanträgen für die Grundschule und auch bei Weiterführung in der Sekundarstufe 1.

Auch in dem zurückliegenden Schuljahr **2006/2007** lagen die Zahlen der "Neuanträge" in einem ähnlichen Umfang vor. Da es sich um ein geschlossenes Stellenkontingent handelt, wurden 13 Neuanträge für den Bereich der Grundschulen in Stadt- und Landkreis Kassel abgelehnt. Für den Bereich der Sek. I und Sek. II konnten alle Anträge bewilligt werden.

Im Schuljahr **2004/2005** wurden keine Neuanträge für die Grundschule abgelehnt. Auch alle Anträge auf Weiterführung in der Sek. I und Sek. II konnten genehmigt werden

5. Wie viele behinderte Kinder, die die Regelschule besuchen, haben einen Platz in der betreuten Grundschule oder Hort?

Auch hierzu gibt es keine aussagekräftigen Zahlen. Zur Zeit befinden sich ca. 16 ehemalige Integrationskinder in einer Betreuung in **städtischen** BG/Hortgruppen.

gez. Ledesma

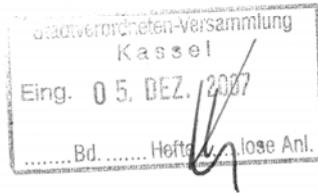
Steger



ZU TOP 5

- 402 -

Kassel, 16.10.2007
Bernd Heger
☎ 1276



An – V –

Anfrage der Fraktion Kasseler Linke zur direkten Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung:

Vorlage Nr. 101.16.695, Anfrage Mittagessen an Kasseler Schulen

Zu 1:

Durch die Stadt organisiert und abgerechnet werden die Mittagstische der Schulen: Am Lindenberg, Carl-Anton-Henschel-Schule, Alexander-Schmorell-Schule, August-Fricke-Schule, Heinrich-Steul-Schule, Schule Hegelsberg, Johann-Amos-Comenius-Schule, Reformschule, Georg-August-Zinn-Schule

Durch Fördervereine organisierte und verwaltete Mittagstische:

Valentin-Traudt-Schule, Albert-Schweizer-Schule, Friedrichsgymnasium, Goethe-Gymnasium, Wilhelmshaus, Fasanenhofschule, Agathofschule, Astrid-Lindgren-Schule, Pestalozzischule, Carl-Schomburg-Schule, Heinrich-Schütz-Schule, Joseph-von-Eichendorff-Schule, Offene Schule Waldau.

Zu 2:

Bei den von uns organisierten Mittagessen (Träger Stadt Kassel) nehmen rund 12% aller Schüler der betroffenen Schulen am Essen teil. Abgerechnet werden die tatsächlichen Essen. Die ersten Zahlen der Fördervereine erwarten wir mit dem Verwendungsnachweis für 2007 Ende des 1. Quartals 2008. Deshalb können wir noch nicht sagen, wie sich die Zahlen seit der Neuordnung verändert haben. Die Planungszahlen für diese Schulen betragen 1540 Essen pro Tag für 2007, wobei die Anzahl der Wochentage mit Mittagessen variiert (3 bis 5 Tage pro Woche). Für die vom Träger Stadt Kassel organisierten Mittagstische wurden im Juni 2007 z.B. 535 Essen pro Tag ausgegeben. Da es im Bereich der Angebote von Caterern in Kassel mehrere Anbieter gibt und die Schulen vor Vertragsabschluss immer Probeessen, gehen wir von einer guten Qualität der Anbieter aus. Details und Prospekte der Anbieter können im Schulverwaltungsamt eingesehen werden und sprengen den Rahmen einer Anfrage.

Zu 3:

Die Haushaltsansätze zur Finanzierung des Schulessens sind gegenüber dem Vorjahr im Entwurf des Haushalts 2008 geringfügig um 4.500,- Euro gesunken. Wie Sie aus den Antworten der Frage 4 ersehen, sind sehr viele Projekte im Mensabau noch in der Bauphase, so dass wir durch die vielen Übergangslösungen zunächst von stagnierenden Essenzahlen ausgehen und erst ab 2009 deutlich steigende Zahlen erwarten.

Zu 4:

Mit der einheitlichen Einführung des verkürzten Bildungsgangs ist es nunmehr erforderlich, an allen Gymnasien eine entsprechende Mittagessenversorgung einzurichten.

Für die nachstehend aufgeführten Schulen sind Baumaßnahmen geplant:

Albert-Schweitzer-Schule:

Umbau des Erweiterungsbau zu einer Mensa. Die Fertigstellung ist für das Frühjahr 2008 geplant. Voraussichtliche Kosten 580.000 Euro.

Friedrichsgymnasium:

Mensa-Neubau vorgesehen. Planung durch die Gebäudewirtschaft. Baubeginn noch in 2007 möglich. Voraussichtliche Kosten ca. 600.000 Euro.

Goethe-Gymnasium:

Die Sanierung der Mensa (ehemals Mensa der Carl-Schomburg-Schule) ist beplant und wird jetzt umgesetzt. Voraussichtliche Kosten ca. 105.000 Euro.

Wilhelmsgymnasium:

Mensa-Neubau ist abhängig von dem Neubau der Sporthalle, da eine integrierte Lösung angestrebt wird. Planung soll noch in 2007 fertig sein. Derzeit liegt noch keine Kostenschätzung vor.

Heinrich-Schütz-Schule:

Für diesen Standort wird zur Zeit eine Kombi-Lösung unter gleichzeitiger Sanierung des naturwissenschaftlichen Bereichs und dem Neubau einer Mensa/Cafeteria geplant. Die Kostenermittlung durch die Gebäudewirtschaft ist noch nicht abgeschlossen

Bereits fertig oder in der Phase der Fertigstellung sind Projekte, die über das Investitionsprogramm Zukunft Bildung und Betreuung (IZBB) finanziert werden:

Agathofschule:

Mensaneubau, Fertigstellung voraussichtlich Anfang 2008, ca. 1,1 Mio. Euro

Johann-Amos-Comenius-Schule:

Mensabau, bereits eingeweiht (Juni 2007), Kosten 2,3 Mio. Euro

Astrid-Lindgren-Schule:

Mensabereich im Gebäude bereits fertiggestellt, Kosten 450.000 Euro

Valentin-Traudt-Schule:

Mensa zur Zeit im Bau, Fertigstellung noch in 2007 geplant, Kosten 862.000 Euro

Fasanenhofschule:

Mensabereich im Gebäude, Kosten 86.000 Euro

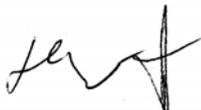
Alexander-Schmorell-Schule:

Erfolgter Ausbau/Erweiterung einer Mensa, Kosten 2,6 Mio. Euro

Zu 5 und 6:

Die Erhebung und Verarbeitung von personenbezogenen Daten ist nach § 83 HSchG Abs. 1 geregelt. Danach ist eine Übermittlung von personenbezogenen Daten an andere öffentliche Stellen nur zulässig, wenn die Kenntnis der Daten zur Erfüllung der dem Empfänger durch Rechtsvorschrift zugewiesenen Aufgaben erforderlich ist. In Hessen regelt eine Verordnung vom 30.11.1993, welche Daten überhaupt in Schulen erhoben werden dürfen. Die angefragten Daten zu den Sozialtransferleistungen sind hier nicht benannt, für eine Erhebung fehlt somit die Rechtsgrundlage.

Im Auftrag

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Heger', written in a cursive style.

Heger

ZU TOP 6

- III - / 41 -

An

- 16 -

über

- III - und - I -



Anfrage der SPD Fraktion an die Stadtverordnetenversammlung Nr: 101.16.702 vom 25.09.2007

Überweisung in den Ausschuss für Schule, Jugend und Bildung

Gemeinsame Volkshochschule Stadt und Landkreis Kassel

1. Wurden im Lenkungsausschuss für die gemeinsame Volkshochschule von Stadt und Landkreis Kassel Fragen der Satzung und der Gebühren- und Entgeltordnung behandelt und entschieden?

Die Entwürfe der geänderten Satzung sowie der Honorar- und Entgeltordnung für die Volkshochschule Region Kassel wurden Herrn Bürgermeister Thomas-Erik Junge als zuständigem Mitglied im Lenkungsausschuss am 21.05.2007 durch die Leiterin der vhs Region Kassel, Frau Katharina Seewald, übersandt. Nach Prüfung der Entwürfe durch das städtische Rechtsamt hat Herr Bürgermeister Junge den Entwürfen mit Schreiben vom 11.07.2007 als Mitglied des Lenkungsausschusses zugestimmt.

2. Warum wurde die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung für eine Satzung/Gebühren- u. Entgeltordnung nicht gemäß dem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 10.07.2006 eingeholt?

Nach § 1 Abs. 4 der Öffentlich-Rechtlichen Vereinbarung zwischen der Stadt und dem Landkreis Kassel **wurde die Befugnis zum Erlass von Satzungen** sowie von Gebühren- und Entgeltordnungen vollständig auf den Landkreis Kassel übertragen. Nach § 25 Abs. 1 S. 2,3 des Gesetzes über kommunale Gemeinschaftsarbeit (KGG) ist dies zulässig.

Durch diese vertragliche Regelung hat die Stadtverordnetenversammlung der Stadt im **Außenverhältnis** ihre sich aus § 51 Nr. 6,10 Hessische Gemeindeordnung (HGO) ergebende Zuständigkeit und Befugnis zum Erlass von Satzungen bzw. Gebühren- und Entgeltordnungen vollständig verloren. Aufgrund der Satzungsautonomie des Landkreises sind die genannten Satzungen ausschließlich vom Kreistag zu beschließen. Die Wirksamkeit der vom Landkreis beschlossenen Satzungen hängt nicht davon ab, ob die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Kassel zuvor zugestimmt hat oder nicht.

Gleichwohl ist aufgrund des Stadtverordnetenbeschlusses vom 10.07.2006 (Nr. 101.16.75) im **Innenverhältnis** vor Zustimmung des Lenkungsausschusses zu Fragen der Satzung und der Gebühren- und Entgeltordnung die Zustimmung der Stadtverordnetenversammlung einzuholen. Nach § 66 HGO hat der Magistrat diesen Beschluss zu beachten und umzusetzen. Wie bereits ausgeführt, hat diese ausschließlich im Innenverhältnis der Stadt wirkende Verpflichtung jedoch keinerlei Auswirkungen auf die Befugnis des Kreistages zum Erlass von Satzungen sowie Gebühren- und Entgeltordnungen und auf deren Wirksamkeit (Außenverhältnis).

Warum der o. g. Beschluss der Stadtverordnetenversammlung im Innenverhältnis nicht herbeigeführt worden ist, lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht mehr aufklären. Zukünftig wird dafür gesorgt werden, dass dieser Beschluss beachtet wird.



Thomas Erik Junge

Bürgermeister